

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 129 (1963)
Heft: 1

Artikel: Gedanken zur Erweiterung des Atomklubs
Autor: Mischke, Ferdinand Otto
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-40618>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gedanken zur Erweiterung des Atomklubs

Von Ferdinand Otto Miksche, Paris

Das oft gehörte Argument, daß die Erweiterung des Atomklubs den politischen Partikularismus einzelner NATO-Länder fördern würde, ist begründet. Andererseits ist aber die Auflockerung des Atlantikpakts gerade auf das heute herrschende Mißtrauen zurückzuführen, dessen eigentliche Quelle die ungelöste Atomfrage bildet. Je mehr sich die Risse vertiefen, um so größer wird der Drang der Nichtatomaren, ebenfalls «atomar» zu werden, in der Hoffnung, sich auf diese Art die nationale Sicherheit erkaufen zu können. Wer kann im übrigen voraussagen, was in 10 bis 15 Jahren geschieht, in einer Welt, die sich in Umwandlung befindet? Ein Atomarsenal kann nicht von einem Tag zum andern herbeigezaubert werden...

Kein Wunder also, wenn man es in Paris so eilig hat, um nicht morgen oder übermorgen von anderen Neuatomaren überholt zu werden. Sollte Frankreich zum Beispiel seine nuklearen Versuche aufgeben, so gibt es keine Garantie, daß andere Staaten es ebenfalls unterlassen, Atomwaffen zu entwickeln. In wenigen Jahren wird schon aus technischen und wirtschaftlichen Gründen kein modernes Industrieland nukleare Energie entbehren können, und wie in vielen anderen Bereichen des Fortschritts wäre es auch hier schwer, zwischen dem zivilen und dem militärischen Gebrauch eine klare Grenze zu ziehen. *Die Erweiterung des Atomklubs ist nicht aufzuhalten.* Daher wäre es klüger, die sich daraus ergebenden Folgerungen zu ziehen, statt sich einer im Grunde natürlichen Entwicklung der Technik zu widersetzen. Würden die Amerikaner ihren NATO-Verbündeten helfend beistehen, so könnten sie noch immer eine gewisse Kontrolle über die Produktion von Atomwaffen ausüben. Tun sie es aber nicht, dann verlieren sie zweifach, sowohl die Beeinflussung ihrer Herstellung wie der militärischen Verwendung.

Nun gehört es aber zu den Wesenszügen amerikanischer Politik, bindende Entscheidungen im voraus zu treffen. So war es mit dem MacMahon-Gesetz, das es verbietet, atomare Geheimnisse anderen Mächten mitzuteilen oder sie mit Atomwaffen zu beliefern. Die Aufhebung dieses Gesetzes – selbst wenn sich die Regierung der Vereinigten Staaten dazu entschließen würde – erfordert eine psychologische Vorbereitung der öffentlichen Meinung während Jahren, was der sowjetischen Politik breiten Spielraum bietet. Gerade die Drohung mit der Erweiterung des Atomklubs könnte aber eine Trumpfkarte in der Hand Washingtons werden. Diese Gefahr könnte man wie ein Damoklesschwert über dem Kreml schweben lassen. Doch scheinen Amerikas Reaktionen ähnlich zu sein wie die des einstigen Österreichs, über die Talleyrand bemerkte: «Toujours en retard d'une politique et d'une guerre.»

Während die Hände der Sowjets frei sind, haben sich die Amerikaner ihre Hände durch die MacMahon-Akte selbst gebunden. Theoretisch ergibt sich daraus für Moskau der Vorteil, unter Umständen mit atomaren Sprengköpfen ebenso Handel zu treiben wie mit anderen Kriegsgeräten. Sollte es nämlich ihren Interessen dienen, dann sind die Sowjets durchaus in der Lage, Kuba, Indonesien, Ägypten, den Irak oder irgendein anderes Land, das ihnen nahesteht, durch die Lieferung einiger kleiner Bomben samt zivilen «Technikern» zur Atommacht zu machen. Dabei könnte sich Moskau der Ausrede bedienen, daß die Sprengkörper aufgehört haben, sowjetisches Eigentum zu sein, und daß es ferner das legitime Recht jeder souveränen Regierung ist, gekaufte Waffen ihrer eigenen Entscheidung gemäß zu gebrauchen.

Die Amerikaner könnten nur nach einem komplizierten Kongreßverfahren ähnlich handeln. Entsprechend ihren Gesetzen muß jeder Gebrauch von Atomwaffen in Gegenwart offizieller Vertreter stattfinden, wozu sogar vorher die Ermächtigung des Präsidenten erforderlich wäre, was politisch unvergleichlich kompromittierender wirkt.

Der Umstand, daß sich die Vereinigten Staaten weigern, Forschungsergebnisse, die seit langem den Russen bekannt sind, eigenen Verbündeten preiszugeben, und Frankreich zwingen, mit großen Geldopfern sie neu entdecken zu müssen, wird in Paris jedenfalls als ein unfreundlicher Akt empfunden. Auch die Bestrebungen Amerikas, mit den Sowjets ein Abkommen zu schließen, wodurch die Erweiterung des Atomklubs verhindert werden soll, betrachtet man als einen Schritt, den Amerika im Grunde gegen seine Freunde unternimmt. Von Paris aus betrachtet, erweckt diese Politik den Eindruck, daß sich die Atomaren als Erwachsene betrachten, die den Kindern das Spiel mit Zündhölzern glauben verbieten zu müssen.

Maßgebend dürfte bei den Überlegungen der Amerikaner zweifellos auch die Tatsache sein, daß sich durch die Erweiterung des Atomklubs die Machtverhältnisse in der westlichen Welt verschieben würden. *Es käme zu einem gewissen Ausgleich zwischen kleinen und großen Staaten.* Doch sollte die Atomfrage nicht bald eine befriedigende Lösung finden, könnte leicht eine Lage entstehen, die den Atlantikpakt von innen sprengt. Befürchtungen, daß die Sowjets als Gegenmaßnahme die ihnen ständig lästiger werdenden Chinesen atomar ausrüsten würden, sind nach dem chinesischen Angriff auf Indien noch weniger begründet als je. Und sollten sie es mit ihren europäischen Satelliten tun, so hätte das im Grunde eine nur formale Bedeutung, denn keiner würde es wagen, ohne die Zustimmung des Kremls mit Atomwaffen zu drohen, geschweige sie zu gebrauchen. Die kommunistischen Regierungen in Prag, Warschau, Budapest, Sofia oder Bukarest sind zu sehr an Moskau gebunden.

Der Gedanke, die NATO zu einer Atommacht zu erheben, findet in Paris ebenfalls nur wenig Verständnis, vor allem weil es nicht ersichtlich ist, inwiefern sich dadurch die gegenwärtige Lage grundsätzlich ändern würde. Da die NATO nur ein Bündnis darstellt, kann sie auch keine Atommacht sein. Eine Waffe, deren Gebrauch von fünfzehn «Inhabern» abhinge, von denen es aber vierzehn in Wirklichkeit gar nicht sind, die amerikanisches Eigentum bliebe und deren Gebrauch von einem amerikanischen General abhängig wäre, kann kaum mehr als eine Waffe der NATO betrachtet werden. Jedenfalls sind die Pläne und Versicherungen bezüglich atomarer Verteidigung durch andere Mächte oder die doppelte Kontrolle amerikanischer nuklearer Sprengkörper, die auf verbündetem Staatsgebiet gelagert sind, Provisorien von zweifelhaftem Wert, die durch die Entwicklung bereits überholt sind. Unvermeidlicherweise stößt man immer wieder auf die unlösbare Frage der Verfügungskompetenz. Von wem und wie, in welchen Fällen soll der Befehl zum Einsatz erfolgen? Denn im Grunde erwartet jeder NATO-Verbündete vom anderen etwas, was er selbst im Ernstfall nicht riskieren würde. Die blühendste Phantasie ist unzureichend, sich vorzustellen, daß sich eines Tages Norwegen wegen Griechenlands oder Portugal wegen der Türkei freiwillig in einen Atomkrieg stürzen würde.

So hat sich heute die Ansicht weit verbreitet, daß eine Atommacht in Verteidigung nichtatomarer Mächte kaum das enorme

Risiko einer atomaren Vergeltung eingehen würde. Daraus folgern viele, daß es die gegenwärtigen Atommächte sind, die darüber bestimmen, was verteidigt und was aufgegeben werden soll. Infolgedessen wurden die Nichtatomaren von Mißtrauen befallen, da sie besorgt sind, vielleicht von den Atomaren im Stich gelassen zu werden, wenn es sich lediglich um die Verteidigung ihrer Interessen handelt.

Dazu kommt das Mißtrauen der Atommächte, die ihrerseits befürchten, durch eventuelle neue Atomländer in fremde Auseinandersetzungen verwickelt zu werden.

In der «Atomschlacht», die gegenwärtig zwischen den Westmächten wegen der Erweiterung des Atomklubs tobt, wird mit Argumenten gefochten, die nicht überzeugender sind als die, mit denen man seinerzeit zu beweisen suchte, daß ein begrenzter Atomkrieg vielleicht doch möglich sei. Es scheint zum Beispiel unlogisch, zu behaupten, daß eine kleine Atommacht gegenüber einer großen nicht die erstrebte abschreckende Wirkung haben könne. Weil Atomwaffen absolut sind, ist es wegen der Satura-tion an Zerstörungskraft kaum noch möglich, von einer atomaren Überlegenheit zu sprechen. *Atomwaffen, die nicht als Kernstück einer gegebenen Strategie bestimmt sind, sondern lediglich mit dem Ziel entwickelt wurden, das Hauptelement eines Militärsystems, also die herkömmlichen Streitkräfte, abzudecken, müssen gar nicht mit denen der anderen Seite qualitäts- und quantitativ unbedingte Gleichwertigkeit sein.* Eine in diesem Begriff aufgefaßte «Force de frappe» braucht nicht über «Sputniks», «Wostoks» oder interkontinentale Raketen zu verfügen. Maßgebend ist hier auch die geostrategische Lage. Für einen europäischen Staat genügt es zum Beispiel, bis 3000 km atomar zu reichen, um abschreckend zu wirken. *Bereits die Fähigkeit, fünfundzwanzig der wichtigsten Zielgebiete verheeren zu können, dürfte als Damoklesschwert ausreichen.*

Keine Atommacht, möge sie noch so stark sein, kann sich darauf verlassen, daß es ihr gelingt, sämtliche Vergeltungsmöglichkeiten, auch die einer kleinen Atommacht, durch einen plötzlichen Großangriff völlig auszuschalten. Wahrscheinlicher ist, daß die Wirkung der übriggebliebenen Atomwaffen ausreicht, dem ursprünglichen Aggressor unermesslichen Schaden zuzufügen. Andererseits begünstigt im Bereich des Luftkriegs die technische Entwicklung die Offensive in einem völligen Mißverhältnis zu den Möglichkeiten der Defensive. Kein Land ist heute in der Lage, sein Staatsgebiet zuverlässig gegen Luftangriffe abzuschirmen. Die Manöver in den Vereinigten Staaten beweisen, daß die Amerikaner nicht einmal ein Drittel der anfliegenden Bombenflugzeuge rechtzeitig vernichten könnten, ganz zu schweigen von Missilen. Bei den Sowjets ist es keineswegs besser. *Daher wäre anzunehmen, daß von hundert nuklearen Sprengkörpern einer kleinen Atommacht ein Drittel wahrscheinlich ihr Ziel erreichen würden, eine Drohung, die mehr als ausreichend ist, selbst auf eine Atomgroßmacht ernüchternd zu wirken.*

Wenig überzeugend ist die aus Amerika stammende Theorie, daß kleine Atommächte schon deswegen gefährlich seien, weil sie ihre wenigen Sprengkörper – wie man nicht ohne Grund annimmt – gegen Städte einsetzen müßten, während die «counter force strategy» hauptsächlich gegen Flugplätze und Abschußrampen des Gegners wirken würde, wozu Tausende von Projektilen erforderlich sind, über die nur atomare Großmächte verfügen. In Wirklichkeit würden von den Tausenden von Bomben oder Raketen einige hundert unvermeidlich auch andere militärische Ziele in Mitleidenschaft ziehen, was die so betroffene Seite kaum als eine «counter force strategy» auffassen würde, weshalb sie rücksichtslos mit der «counter town strategy» ripostieren dürfte.

Zweifelloso gewinnt die Politik einer Macht an Glaubhaftigkeit wenn sie in der Lage ist, zur Wahrung eigener Interessen mit eigenen Mitteln abschreckend zu wirken. Daher darf im Gegensatz zu der heutigen geläufigen Auffassung angenommen werden, daß durch die Erweiterung des Atomklubs infolge der Aufteilung der Risiken und der daraus sich ergebenden tieferen Verzahnung der gegenseitigen Neutralisierens vielleicht sogar ein verlässlicheres Gleichgewicht entstehen würde als das gegenwärtige. Solange der heutige Zustand dauert, kann in den Fragen der Weltpolitik eine solidarische Haltung der Atlantikmächte kaum erhofft werden, und es ist schwer zu sehen, wie es sonst möglich sein sollte die uns bevorstehenden Kraftproben erfolgreich zu bestehen. Würde aber die gegenwärtig auf Amerika zentralisierte Atomstrategie, bei der Europa und Amerika übermäßig aufeinander angewiesen sind, halbiert, das heißt zumindest in zwei Komponenten zerlegt, dann müßte die heute starre Politik des Westen an Beweglichkeit gewinnen. Andererseits dürfte sich gerade durch eine solche Aufteilung der Risiken der politische Spielraum der Sowjets erheblich einengen.

Allerdings würde sich auch durch eine solche Atompolitik keineswegs das Wesen der Probleme ändern, sondern nur ihre Größenordnung verschieben. Eine europäische Atommacht hätte stets mit ähnlichen Zweifeln zu ringen wie heute die Vereinigten Staaten zum Beispiel im Falle Kuba. Würde Frankreich etwa Moskau atomar drohen, wenn morgen oder übermorgen Algerien kommunistisch werden sollte, und somit das Risiko der Zerstörung der Großstädte Europas eingehen, was keineswegs im Verhältnis zum Werte des Streitobjektes stünde? Unvermeidlich kommt man immer wieder zu dem Schluß, daß es unmöglich geworden ist, selbständig Politik zu betreiben, ohne sie durch die atomare Ultima ratio abzudecken, wie es aber gleichzeitig auch unmöglich ist, politisch flexibel zu handeln, wenn man sich einseitig nur auf Atomstrategie stützt.

In diesem Zusammenhang gelangen wir zum heiklen Problem der französischen «Force de frappe». Ist sie lediglich als ein politisches Manöver gedacht, um die Amerikaner nachgiebiger zu stimmen? Oder wird vielleicht damit gerechnet, durch ihrer Besitz über die anderen europäischen Staaten eine gewisse Vorherrschaft ausüben zu können? Oder soll sie etwa eines Tages den Kern einer gesamteuropäischen Atommacht bilden? Nur General de Gaulle selbst könnte Auskunft geben. Andere Fragen lassen sich eher beantworten. Ist die «Force de frappe» lediglich zur Abdeckung von herkömmlichen Streitkräften bestimmt oder als Hauptelement einer neuen Strategie? Sollte nämlich letzteres stimmen, dann würde sich Frankreich ebenfalls der Gefahr einer Paralyse ähnlich derjenigen aussetzen, die die Politik der Vereinigten Staaten seit Jahren kennzeichnet. Diese befinden sich immer noch in der Lage eines Schachspielers, der auf seine Bauern verzichtet hat. Es fehlt ihnen trotz allen Reformen noch die Möglichkeit, mit nuancierten Mitteln zu spielen, Raum und Zeit beweglich auszufüllen, gewisse Felder belegt zu halten oder die Züge der großen Figuren zu sichern.

Die Tatsache, daß man auch in Zukunft auf starke konventionelle Streitkräfte nicht verzichten kann, ist unwiderlegbar. Nur wer militärisch abgestuft handlungsfähig ist, kann politisch beweglich handeln. Gewiß hat General de Gaulle recht, wenn er sagt, daß ein Staat, der keine eigene Wehrpolitik mehr hat, aufhört, ein Staat zu sein. Wenn dem aber so ist, dann muß die baldige Gründung desjenigen Staates angestrebt werden – der Großmacht Westeuropa –, der durch eine integrierte Militärpolitik allein in der Lage wäre, sowohl atomar als auch herkömmlich aufzurüsten, und zwar in einem Maße, das zur Erlangung der politischen Handlungsfreiheit notwendig wäre.